



**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

An die  
lokalen Medien

21.03.03

Aktuelle aussen- und innenpolitische Entwicklungen: Konsequenzen für das kommunalpolitische Handeln

Presseerklärung

### 1. Aktuelle Situation im Irak

Die gestrige Kundgebung, zu der GRÜNE, SPD, Kirchen und DGB aufgerufen haben, hat gezeigt, dass viele Menschen in Dortmund Anteil an den Opfern des Krieges nehmen, der seit gestern tausende von Menschen im Irak und benachbarten Ländern bedroht. Viele verurteilen den Angriff der USA gegen den Irak, der gegen den Willen der Weltgemeinschaft erfolgt ist und eine humanitäre Katastrophe verursacht.

Dortmund hat sich 1984 dem Solidaritätsbündnis der Städte mit Hiroshima und Nagasaki angeschlossen, das die Städte in besonderer Weise verpflichtet, einen Beitrag zur Verhinderung von neuen Kriegen zu leisten. Vor diesem Hintergrund bedauern wir, dass in der letzten Ratssitzung die Dringlichkeit eines entsprechenden Tagesordnungspunkt nicht anerkannt wurde und keine gemeinsame Stellungnahme gegen den drohenden Krieg erfolgt ist. In der jetzigen Situation, deren weitere Entwicklung nicht absehbar ist, erwarten wir, dass der Rat sich in seiner nächsten Sitzung mit den Folgen des Kriegs befasst. Aus unserer Sicht ist eine Konsequenz, dass die Stadt Dortmund ihre Bereitschaft erklärt, im Rahmen ihrer Verpflichtungen irakische Flüchtlinge aufzunehmen. Wir begrüßen den Vorschlag der Bundespartei, auf einen Abschiebestopp für irakische Flüchtlinge hinzuwirken.

### 2. Regierungserklärung: Konsequenzen für das kommunale Handeln

Bundeskanzler Schröder hat in seiner Regierungserklärung nicht nur das Nein der Deutschen zum Krieg gegen den Irak bekräftigt. Er hat darüber hinaus eine Vielzahl von Maßnahmen vorgeschlagen, die zur Lösung der innenpolitischen Probleme beitragen sollen. Zu den Konsequenzen für die Stadt Dortmund hat sich Ob Langemeyer bereits in Teilen geäußert, nachdem der Stadtkämmerer die Zahlen für Dortmund überschlägig berechnet hat.



**I M R A T H A U S**

**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

In finanzpolitischer Sicht wird es ohne Zweifel Entlastungen für den Haushalt geben, die aus unserer Sicht begrüßt werden können. Dazu gehört die Befreiung vom Flutopferfonds und im Grundsatz auch das Steuervergünstigungsabbaugesetz, das von der CDU vorerst gestoppt wurde. Angekündigt ist die beschleunigte Umsetzung der Gemeindefinanzreform, die den Kommunen zusätzliche Einnahmen verschaffen. Inwieweit die für Dortmund geschätzten Mehreinnahmen realistisch sind, wird sich noch zeigen. Aus unserer Sicht ist dabei wesentlich, dass die Einnahmen verstetigt werden und zu einer sicheren Planungsgröße werden. Es ist allerdings davon auszugehen, dass die Stadt unter dem Strich keineswegs von Sparmassnahmen entbunden sein wird, sondern weiterhin Kreativität entfalten muss, um Potenziale zu erschließen, die nicht zu Lasten der notwendigen Wahrnehmung von öffentlichen Aufgaben führen.

Unter rein fiskalischen Gesichtspunkten bedeutet die Einführung des Arbeitslosengeldes II und die damit verbundene Zuständigkeit der Bundesanstalt für Arbeit für ca. 12.000 Menschen in Dortmund rechnerisch eine Entlastung von ca. 40 Mio Euro. Sozialpolitisch ist uns hier wichtig, dass alle, die nicht im Sinne des Grundsicherungsgesetzes als erwerbsunfähig gelten, Zugang zu dem Arbeitslosengeld II haben sollen. Ein Fortschritt ist dabei sicher, dass auch die erwerbsfähigen BezieherInnen von Sozialhilfe Anspruch auf Vermittlung und Qualifizierung haben.

In diesem Zusammenhang ist völlig unverständlich, dass der Fraktionsvorsitzende der CDU grundlegende Annahmen im Hinblick auf diese zusätzlichen Einnahmen sowie Einnahmen aus der Gemeindefinanzreform in Frage stellt, nachdem diese bei der Haushaltsverabschiedung wesentliche Bausteine für die Darstellung eines ausgeglichenen Haushaltes waren. Zum damaligen Zeitpunkt schien der CDU das offensichtlich einleuchtend. Heute stellt Herr Hengstenberg die Genehmigungsfähigkeit in Frage.

Auch im Hinblick auf die Grundsicherung zeichnet sich Herr Hengstenberg durch grobe Unkenntnis aus. 12 Millionen Euro, die Dortmund dafür aufzubringen habe, sind völlig aus der Luft gegriffen. Herrn Hengstenberg ist offensichtlich nicht bekannt, dass es für die Aufstockung der ehemaligen Sozialhilfe auf die 15% höhere Grundsicherung ca. 4 Mio Euro vom Bund gibt. Die Gruppe derjenigen, die von Altersarmut betroffen sind und von daher ebenfalls Anspruch auf Grundsicherung haben, ist in Großstädten erfahrungsgemäß eher klein. Konkrete Zahlen liegen noch nicht vor.

Der CDU geht es zur Zeit offensichtlich vor allen Dingen um Profilierung auch um den Preis von nicht korrekten Aussagen und Abgabe politischer Verantwortung.

Aus GRÜNER Sicht begrüßen wir die Maßnahmen zur Schaffung von ausreichenden Ausbildungsplatzangeboten ebenso wie die Einsicht, dass ein zweiter Arbeitsmarkt in strukturschwachen Regionen erhalten werden muss. Auch in Bezug auf die Umsetzung einzelner Bestandteile des Hartz-Konzeptes sind wir optimistisch.



**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

Um die weiteren Entwicklungen, die sich aus den veränderten Rahmenbedingungen insbesondere für die Beschäftigungsförderung ergeben kommunal zu begleiten, werden wir für das zweite Halbjahr 2003 die Durchführung einer weiteren Arbeitsmarktkonferenz vorschlagen.

Allerdings muss ebenso unmissverständlich festgestellt werden, dass einige der vom Bundeskanzler vorgeschlagenen Maßnahmen für viele Menschen Härten bedeuten, die in dieser Form aus unserer Sicht nicht akzeptiert werden können. Die wesentlichen Punkte (Senkung der Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe, Begrenzung der Zahlung von Arbeitslosigkeit) sind äußerst kritikwürdig. Das bedeutet für uns in erster Linie eine aktive Beteiligung an der weiteren öffentlichen Diskussion aller Maßnahmen und eine Aufforderung zur Mitgestaltung. Wir werden den Vorschlag unterstützen, eine Sonderbundesdelegiertenkonferenz einzuberufen, die sich mit den wesentlichen und kontrovers diskutierten sozialpolitischen Fragestellungen befasst.